

Beschluss des Landesvorstands und Landesparteirats der SPD Thüringen vom 24.08.2023

15 Euro sind das Mindeste!

Gute Arbeit braucht faire Löhne, dafür setzen wir uns als SPD ein. Nach jahrelangem Widerstand durch die schwarz-gelbe Bundesregierung ist es uns 2015 gelungen, mit dem Mindestlohngesetz einen branchenunabhängigen, flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro einzuführen und für mehr Respekt und Fairness auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen. Olaf Scholz und die SPD haben ihr Versprechen aus dem Bundestagswahlkampf umgesetzt und den Mindestlohn 2022 auf 12 Euro erhöht. Allein 250.000 Beschäftigte in Thüringen haben von dieser Erhöhung profitiert.

Wir wissen aber, dass 12 Euro Mindestlohn in Zeiten von stark steigenden Preisen nicht der Lebensrealität entsprechen und auch viele Menschen mit Sorge auf ihre zukünftige Rente schauen.

Wir schließen uns der Stimme der Gewerkschaften an und kritisieren den Beschluss der Mindestlohnkommission vom Juni 2023. Eine Mindestlohnsteigerung 2024 auf 12,41 Euro und 2025 auf 12,82 Euro halten wir für unzureichend. Der Beschluss bedeutet faktisch einen Reallohnverlust für etwa 6 Millionen Menschen in Deutschland.

Fast 10 Millionen Beschäftigte in Deutschland verdienen weniger als 14 Euro die Stunde. Das sind gerade einmal 56 Prozent des durchschnittlichen Stundenlohns in Deutschland (Quelle: Bundesamt für Statistik April 2022).

Wir als SPD Thüringen fordern den gesetzlichen Mindestlohn zum 01.01.2024 auf 15 Euro gesetzlich anzuheben. Gerechte Löhne und gute Arbeit sind unsere Antwort auf Fachkräftemangel und Altersarmut.

Deswegen sind 15 Euro für uns nur das Mindeste, eine politisch definierte Lohnuntergrenze. Die Stärkung der Tarifbindung bleibt für uns ein zentrales Ziel.